

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-4 Uhr.

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Unternehmer auf dem Kriegspfad.

Brauns redet sozialpolitisch.

Essen, 29. Januar. (W.F.B.) Am Vereinshaus in Hagen in Westfalen sprach vor einer von mehr als 800 Personen besuchten Konferenz der führenden Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über das Thema:

Wirtschaftsstribe und Sozialpolitik.

Zunächst kennzeichnete er in großen Strichen die Lage unserer Wirtschaft und die unzerrennlichen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik. Auch durch eine allgemeine Wirtschaftsstribe dürfe das Prinzip der Sozialpolitik selbst und deren grundsätzliche Notwendigkeit nicht angezweifelt werden.

In der Frage der Sozialversicherung sei die Beitragspflicht angesetzt worden und eine Vereinfachung der Organisation und eine Beschränkung der Leistungen auf das notwendige Maß erfolgt mit dem Erfolg, daß heute

das Versicherungswesen als getrefft

betrachtet werden könne. Weniger befriedigend sei die gegenwärtige Lage und die Aussicht für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Beschäftigung und der Erwerbslosenfürsorge. Am 15. Januar habe Deutschland rund 3 Millionen unterstufte Voll- und Teilzeitarbeiter mit ebenso vielen Familienangehörigen und 1 1/2 Millionen unterstufte Kurzarbeiter gehabt. Die Hälfte davon entfalle auf das besetzte Gebiet. Nachdem die rechtzeitige Einführung der Erwerbslosenversicherung an dem Widerstande dieser Beteiligter gescheitert sei, sei durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 Ersatz geschaffen worden. In dem Grundsatze der Pflichtarbeit müsse festgehalten werden. Schon um Restlosgemachtes vornehmen zu können. Sobald die Finanzen es erlauben, sollen die Unterhaltungsarbeiten heraufgehoben werden, aber nicht um den Preis einer neuen Inflationsperiode. Einer solchen sei die gegenwärtige Kaufkraft unter allen Umständen vorzuziehen. Der Minister versprach nach Kräften auf die

Steigerung des Reallohns

hinzuwirken durch weitere Senkung der Preise. Nachdem die Wirtschaft wieder größere Bewegungsfreiheit erhalten habe, müsse sie wieder zu den früheren Grundrissen zurückkehren: scharfe Realdeflation, großer Umsatz, tiefer Ruhezustand. Das sei auch das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Zur Arbeitsfrage bemerkte der Redner, daß sowohl die Gewerkschaften wie auch die politischen Parteien durch die Zustimmung zu der Räte vom 14. November 1922 grundsätzlich der Arbeitsleistung auch auf dem Wege der

Verlängerung der Arbeitszeit

zugestimmt hätten. Der Höhepunkt der Krise habe einen entscheidenden Schritt unvermeidlich gemacht. Um nach dem inzwischen erfolgten Ablauf der Demobilisierungsverordnung über die Arbeitszeit überhaupt wieder einen gesetzlichen Boden zu bekommen, sei die Verordnung vom 21. Dezember erlassen worden. Diese Verordnung entspreche gewiß nicht dem sozialpolitischen Ideal, sie sei aber auch

nur als Notverordnung gebodt.

Gewisse Arbeitgeberkreise bekämpfen sie, weil sie die Arbeitszeit überhaupt der staatlichen Regelung entziehen wollten; ein Teil der Arbeitnehmer bekämpfe die Verordnung aus doctrinären Gründen, ein anderer Teil als sozialpolitisch reaktionär. Man werde der Verordnung nur gerecht, wenn man bedenke, daß das Hauptgewicht der Regelung der Arbeitszeit den organisierten Arbeiterparteiern im Tarifvertrag überlassen bleibe, daß die Verordnung ferner weder die gesetzlich unregelmäßige Arbeitszeit der Vorkriegszeit anerkenne noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen starke Schwankungen entgegenstehe.

Zu der Lohnfrage bemerkte der Minister, daß die Friedenslöhne zwar noch nicht wieder erreicht werden können, daß aber eine Besserung zu erwarten sei, sobald das Wirtschaftswesen wieder in Gang komme.

Die Aufgabe des Schlichtungswesens sieht der Minister darin, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr zur wahren Arbeitsgemeinschaft und verständnisvoller Zusammenarbeit zu bringen.

In der Wohnungsfrage und in der Frage des Nachschubes vertrat der Minister die Notwendigkeit der Beibehaltung eines gewissen sozialen Schutzes der Mieter und Pächter, aber auch die Notwendigkeit der schrittweisen Annäherung des Miets- und Pachtzinses an den Friedenszins. Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der

sechste Punkt unserer wirtschaftlichen Not überwunden sei, wenn es zu einer Entwertung der außenpolitischen Probleme komme.

Der Unternehmer Antwort.

Wie eine Antwort auf die vorstehende Rede des Reichsarbeitsministers nimmt sich der Aufruf aus, den die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in der heutigen Morgenausgabe des „Tag“ veröffentlicht. Dieser Aufruf beginnt folgendermaßen:

„Die deutsche Arbeitgebererschaft steht in einem schweren Ringen: dem Ringen um die Wiederaufrichtung der Betriebe und der Wirtschaft, dem Ringen um die Befreiung der Wirtschaft von den hemmenden Eingriffen der Bürokratie, schließlich dem Ringen um das Verständnis der Öffentlichkeit für diese Ziele.“

Damit stellt die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände fest, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß die Arbeitnehmer, geföhrt auf ihre Gewerkschaften, nicht gewillt sind, sich dem Diktat der Scharfmacher zu beugen.

In dem Aufruf wird dann weiter erklärt, daß die Unternehmer im November 1918 „unter dem Druck der Verhältnisse gegen ihre innere Ueberzeugung“ so taten, als begriffen sie ihre Zeit und die Notwendigkeit einer modernen Entwicklung der Industrie. Es wird dann erklärt, daß der „Sprung zum schematischen Achtstundentag“ einen Ausfall der Arbeitsleistung von insgesamt etwa 20 Millionen Arbeitsstunden gebracht hätte.

Diese Behauptung ist typisch für die Rückständigkeit der Unternehmerorganisationen. Für sie ist Arbeitsleistung und Arbeitszeit ein und dasselbe. Wir haben schon eine Reihe von Tatsachen veröffentlicht, die nachweisen, daß der Achtstundentag eine Steigerung der Arbeitsleistung gebracht hat.

In dem Aufruf wird dann weiter gesagt, daß sich überall erfreuliche Ansätze zur Verständigung in der Arbeitszeit gezeigt hätten, die jedoch durch die Arbeitszeitverordnung vernichtet worden wären. Der Aufruf wendet sich weiter gegen den Kommentar des Genossen Veipari zur Arbeitszeitverordnung, der ganz richtig als ein Kampfruf gegen die Arbeitszeiterlängerung bezeichnet wird. Wenn die Gewerkschaften und ihre verantwortlichen Führer die Arbeiterschaft aufrufen zum Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, dann erfüllen sie damit nicht nur ihre Pflicht, sie handeln zugleich im wohlverstandenen Interesse der deutschen Wirtschaft.

Der Aufruf gesteht dann ein, daß sich die Unternehmer seit fünf Jahren „gegen das Tarif- und Lohnpolitik der Schlichtungsausschüsse und staatlichen Behörden zur Wehr setzen. Selbst Sowjetrußland bedurfte eines drakonischen Strafgesetzes gegen Streiks“. Sowjetrußland als Ideal der Scharfmacher!

Den Unternehmern wird offenbar bange vor den Folgen ihrer reaktionären Politik. In dem Aufruf wird erklärt, daß es den Unternehmern jezt darauf ankomme, „den Boden für eine neue Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen“. Wenn es schließlich in dem Aufruf heißt, daß die Vereinfachung der deutschen Arbeitsverordnungen keine Scharfmacherpolitik treibe, den Standpunkt des faire play gegenüber der Arbeiterschaft vertrete (siehe der Ueberfall auf die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet), daß man die Arbeiter nicht in ihrem Rechtgefühl verletze, den Tarifvertrag hochhalten und nicht den „schematischen Achtstundentag“ wolle, so sind das Redensarten, die mit der tatsächlichen Politik der DWA in direktem Widerspruch stehen.

„Andererseits die deutsche Wirtschaft dies will“, heißt es dann, „hilft sie die Schuld vom November 1918 sühnen.“ Wir haben nie etwas anderes behauptet. Die Scharfmacher, geführt von der DWA, wollen heute noch die „Schuld“ vom November 1918. Die pathetischen Verallsäuerungen, bei denen ungewollt immer wieder die mühsam verborgenen Gedanken hervorleuchten, können sich die Unternehmer sparen. Die Arbeiterschaft verzichtet auf diese Erklärungen und läßt sich von ihnen nicht blenden. Die Taten allein zählen. Das gilt auch von den Erklärungen des Reichsarbeitsministers.

Endergebnis der Saarwahlen.

Saarbrücken, 29. Januar. (W.F.B.) Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen für den Landesrat im Saargebiet haben folgendes Endergebnis gezeigt:

Zentrum 101 810 (92 252) Stimmen, Sozialdemokraten 45 787 (39 210), U.S.P.D. 23000 Stimmen, Saarländische Volkspartei (Liberalen und Demokraten) 33 075 (D. Pp. 24 829, Demokraten 7599) Stimmen, Kommunistische Partei 39 858 (14 532) Stimmen, Haus- und Grundbesitzerpartei 8508 (10 063) Stimmen, Deutschnationale Volkspartei 3731 Stimmen, Saarländische Wirtschaftsvereinigung (Sozialrepublikaner) 6223 Stimmen.

An der Wahl haben sich von 377 300 Wahlberechtigten 255 493 Wähler, mithin 68,25 Proz., beteiligt.

Die diesmalige erheblich stärkere Wahlbeteiligung hat zur Folge gehabt, daß auch das Zentrum und die Liberale Volkspartei einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen haben. Bei weitem stärker ist aber der Zuwachs der Sozialdemokraten, der rund 15 000 Stimmen beträgt, sowie der Kommunisten, die sogar 25 000 Stimmen gewonnen haben. Väterlich gering ist die Zahl der französischfreundlichen Stimmen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die zahlreich aus Frankreich eingewanderten Bergwerks- und sonstige Beamte das Stimmrecht besitzen und zugunsten dieser Gruppe ausgeübt haben dürften.

Am kläglichsten ist das Abschneiden der Deutschnationalen. Es zeigt, daß dort, wo das Deutschtum am schwersten bedrückt und gefährdet ist, die Wählermassen ihr Schicksal am allerwenigsten den phrasendreschenden deutschnationalen Maulhelden anvertrauen.

Der britische Eisenbahnerstreik beendet.

London, 29. Januar. (Eigenes Drahtbericht.) Amlich wird gemeldet: Um 5 Uhr morgens wurde mitgeteilt, daß der Lokomotivführerstreik nach achtstägiger Dauer beigelegt sei. Die streikenden Parteien wurden gestern spät abends an den Verhandlungstisch gebracht, nachdem die größten Schwierigkeiten bereits in Vorverhandlungen überwunden worden waren. Die Grundlage der Besprechungen bildeten die Vorschläge eines vom Generalrat der Gewerkschaften eingesetzten Sonderausschusses. Dieser Sonderausschuh tagte gemeinsam mit den Parteien von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens und teilte schließlich mit, daß eine Regelung erreicht und die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen worden sei. Das Streikkomitee unternahm sofort die nötigen Schritte, um seinen 450 Zweigstellen das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen.

Bereits um die Mittagsstunde machte sich dieses Ergebnis in einer starken Wiederaufnahme des Zugverkehrs bemerkbar. Man nimmt an, daß der Eisenbahnverkehr heute abend bereits wieder normal sein wird.

Deutschnationale Sorgen.

Nicht Helfferich, sondern Rentenmark.

Der bevorstehende Wahlkampf läßt die deutschnationale Presse nicht ruhen, unter fortgesetzten Vorpiegelungen falscher Tatsachen Helfferich als Vater der Rentenmark hinzustellen. An sich widerspricht diese Behauptung der Taktik der Deutschnationalen, die als Partei gar kein Interesse an der Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben, sondern im Gegenteil bis heute bemüht waren, das wirtschaftliche Elend zu steigern und aus ihm agitatorischen Gewinn zu ziehen. Leider ist diese Einsicht im deutschen Volke auf Grund der früheren unpolitischen Erziehungsart nicht allgemein vorhanden, so daß es angebracht erscheint, die falsche Vaterlichkeit Helfferichs nochmals zum Anlaß einer Erörterung zu nehmen und die bisher von uns gemachten Feststellungen zu ergänzen.

Zunächst muß in Ergänzung unserer bisherigen Feststellungen kurz erwähnt werden, daß Helfferich die Einlösbarkeit der Roggenmark nicht in stabilen, in Gold festverzinsten Rentenbriefen vorschlag, sondern in Roggenrentenbriefen, in einem Papier, dessen Kurs alle Schwankungen der Roggenpreise mitgemacht, also höchst instabilen Charakter gehabt hätte und überdies nicht in Gold, sondern in schwankender Roggenmark verzinst werden sollte. Die Sicherheit der Roggenmark wäre deshalb viel geringer gewesen als die der Rentenmark. Die Uenderung ist im Gegensatz zu dem Vorschlag Helfferich erfolgt.

Wiel wichtiger aber ist die Stellung, die Helfferich zum eigentlichen Kernproblem jeder Währungsanierung eingenommen hat, nämlich zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget, der unumgänglichen Voraussetzung jeder Währungsstabilisierung. Helfferich knüpfte an die Ausführung seines Projektes die Bedingung, daß die damals im August 1923 gerade vom Reichstag beschlossenen Besitzsteuern, die Betriebssteuer und vor allem die Lohndabgabe, die einzigen sicheren, auf Gold gestellten direkten Steuern, als Gegengabe abgeschafft werden! In der Zeit der schlimmsten Finanznot wollte also Helfferich Steuern — natürlich nur Besitzsteuern — beseitigen. So wollte er, verblendet durch das engstirnige parteipolitische Interesse, die Balancierung des Etats einleiten! Helfferich hat sich für diese Bedingung mit Neuerifer eingesetzt, auch nachdem Hilferding die katastrophale Lage der Reichsfinanzen öffentlich dargelegt hatte. Er hat den sozialdemokratischen Minister noch nach dessen Demission im Reichstag deswegen angegriffen.

Freilich, Helfferich hatte an der Beseitigung der Landabgabe ein starkes Interesse als Parteiführer. Er hatte seiner Partei die Zustimmung zu den Besitzsteuern nur abgerungen, weil er darin die einzige Rettung für „sein“ Ministerium Cuno sah. Jezt war der Sturz Cunos doch eingetreten. Seine Partei war wegen des „unmühen Opfers“ müde. Die Patrioten, die nur aus parteipolitischen Motiven schließlich den Steuern zugestimmt hatten, waren erbittert, daß jezt das Ministerium der großen Koalition Ruhezieher von Steuern werden sollte, die bei ihren Anhängern verhaßt waren. Wie schön wäre diese Steuerfreiheit demagogisch auszunutzen gewesen, wenn man nicht selbst zugestimmt hätte. Diese Beseitigung hatte ihnen Helfferich eingebracht, und daher der Eifer des Mannes, diese Steuern wieder zu beseitigen.

Damit sind aber die politischen Hintergründe des Helfferichschen Projektes noch nicht vollständig beleuchtet. Helfferich schlug vor, seine Roggenmark, die Roggenpandwährung, zum einzigen gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen. Seine Roggenmarkbank sollte zugleich die Funktionen der Reichsbank als oberste Kreditquelle übernehmen. Da die Helfferich-Bank wesentlich von den Vertretern des Landbundes und des Reichverbandes der Industrie geleitet werden sollte, wäre sowohl die Kreditgewährung als auch die Währungshoheit des Reiches völlig in die Hände der Deutschnationalen und der ihnen nahestehenden Wirtschaftskreise übergegangen. Die Deutschnationalen hätten die wichtigste und einflussreichste wirtschaftliche Machtposition dem Reich entziffen.

Man versteht die Mut darüber, daß der sozialdemokratische Finanzminister die Belugnisse der Rentenbank ausschließlich scharf umriß und die Kreditgewährung an die Wirtschaft ausschließlich der Reichsbank vorbehielt, natürlich einer Reichsbank ohne Haventlein. Helfferich freilich gebrauchte den Vorwand, daß die „Wirtschaftskräfte“ durch ihre hypothetische Garantie die neue Währung sichern müßten, und man deshalb ihnen, d. h. den Landarbeitern und Schwerindustriellen, die Verfügung über das Geld- und Kreditwesen überlassen müsse. Er vergaß nur hinzuzufügen, daß diese sogenannte Belastung rein fiktiv ist. Denn die Rentenbank erlegt so reiche Zinsgewinne, daß sie die Zinsen aus den Hypotheken, wenn überhaupt, so höchstens nur das erste Mal einziehen wird. Und für diese Fiktion hat Helfferich und seine Partei die sofortige Beseitigung der Besitzgaben und die Uebertragung der Währungshoheit auf ihre Wirtschaftskreise gefordert.

Wenn aber alle Stricke reifen, kommen die Deutschnationalen mit dem Vorwurf, das Ministerium Stresemann und insbesondere Hilferding hätten die Reform verzögert. Das ist eine bewusste Unwahrheit. Denn Helfferich muß wissen, daß die Stabilität längst in die Brüche gegangen und großes Unheil angerichtet worden wäre, wenn die Reform früher gekommen wäre. Unbedingte Voraussetzung war, daß gleichzeitig mit der Währungsreform die Notenfabrikation eingestellt wurde. Das war unmöglich, solange der passive Widerstand noch finanziert werden mußte. Gerade im

September und Oktober kam aber zu den Kosten der Ruhr noch das Defizit der durch den passiven Widerstand ruinierter Länder. Damit wuchs das Defizit des Reiches phantastisch an und betrug im August 1923: 1206, im September: 1900, im Oktober: 1967 Millionen Goldmark, insgesamt also 4073 Millionen Goldmark. Die Summe von 1,3 Milliarden, die dem Reich an Rentenmark zur Verfügung stand, wäre in dieser Zeit mehr als dreimal erschöpft worden, lange bevor an eine noch so notwendige Bilanzierung des Etats zu denken war. Das Reich hätte schließlich zu einer neuen Notenausgabe schreiben müssen, die Inflation hätte aufs neue begonnen und die Rentenmark wäre entwertet worden. Keine Schuld, sondern ein Verdienst hilferdings ist es, von Anfang an trotz aller mächtigen Einflüsse dem damals so populären Drängen, die Reform zu überstürzen, nicht nachgegeben, sondern daran festgehalten zu haben, daß die Möglichkeit, den Etat zu balancieren, zugleich mit der Währungsreform gegeben sein müsse. Das haben schließlich auch Stresemann und Luther, wohl entgegen ihrer ursprünglichen Meinung, im Reichstag anerkannt.

Die Wahrheit über Helfferichs Werk ist also eine andere als die deutsch-nationale Legende. Was von Helfferichs Projekt verwirklicht wurde, ist nicht ihm eigentümlich gewesen. Lange vor und nur zu lange gegen Helfferich haben Sozialdemokraten und eine Anzahl bürgerliche Währungspolitiker gefordert, die Ausgabe wertbeständiger, durch Sachwertverleihung gesicherter Goldscheine, die Verwendung kleiner Abschnitte der so gesicherten Goldscheine als Zahlungsmittel, als Ubergangswährung zur reinen Goldwährung. Auch die Einlösbarkeit der Geldzeichen in Rentenbriefen ist in der Währungsgeschichte nicht ganz neu. Gerade aber der spezifische Gedanke Helfferichs, der der Roggenmark einer autonomen deutschen Währung, war völlig unbrauchbar und hätte sowohl Stabilisierung als Finanzsicherung unmöglich gemacht.

Der neue Kommunismus.

Nach langen Beratungen sind in Moskau jetzt die Verhandlungen über die künftige Politik der kommunistischen Partei Deutschlands vor den Abschluß gekommen und haben mit einem starken Vinspruch, mit der „Absägung der Führergarnitur“ Brandler-Thalheimer und ihres Inspirators Nadel geendet. Könen und Stöcker, wohlwollend unterstützt von Ruth Fischer und Moslow, sind jetzt die Helden des Tages, bis auch sie der Orkus verschlingen wird. Die neue Vinsentwicklung macht sich in der kommunistischen Literatur bereits bemerkbar. In einem Aufruf des Direktoriums wird der Sozialdemokratie, der Rechte wie der Linken, gleich erbarmungsloser Kampf angelagt:

„Die Sozialdemokratie steht heute durchweg jenseits der Parteilinie. Ihr linker Flügel ist dem Kampfe ebenso abhold wie der rechte, ebenso treulos und dem Proletariat noch viel gefährlicher. Klare, unabweisbare Kampfparole schuldete die Partei den offenen und verkappten Reformisten.“

Die scharfsinnige politische Diagnose der „linken“ Kommunisten führt auch in der echt kapitalistischen Behauptung zum Ausdruck:

„Die kleinbürgerlich-demokratische Republik ist tot — eine Rückkehr unmöglich. Auf die Diktatur der Schwerindustrie ist nur eine Antwort ausreichend.“

Diktatur des Proletariats.

Zu dem Zweck wollen die Kommunisten von Seede die Straße zurückerobern. Daß sie sich nicht gerade mit Ruhm bedeckt haben, scheint ihnen auch klar geworden zu sein. Deswegen versichern sie:

„Genossen! Die kommunistische Partei Deutschlands hat eine Schwärze auszuweichen. Schwere Fehler sind wieder gutzumachen. Die Partei muß das Vertrauen zur eigenen Kraft und das Vertrauen der Massen wiedergewinnen.“

Die berühmte „Aktivität“, dieses mit Recht beliebte Schlagwort der Radikalen, wird dann als Allheilmittel angepriesen, mit dem dafür gesorgt werden soll, daß „der

Rückzug des Proletariats jetzt zum Stehen kommt und die Verteidigung von heute in die revolutionäre Offensive von morgen umschlägt“.

So feiert sie also ihre fröhliche Urständ: „die revolutionäre Offensive“. Wo sind die schönen Zeiten, in denen Thalheimer, der jetzt abgefallene „rechte Führer“, sein Offenbarungsbuch über die revolutionäre Offensive schrieb und die Exekutiv diese Offenbarungen schleunigst einstampfen ließ. Lenin ist tot, an seiner Stelle regiert Sinowjew die Stunde. Herrlichen Zeiten wird er die deutschen Arbeiter in neuen revolutionären Offensiven entgegenführen!

Sie versprechen Revolutionen.

Moskau, 29. Januar. (O.C.) Während der Sitzung des Allrussischen Sowjetkongresses trat der deutsche Kommunist Braun mit einer Begrüßungsrede im Namen der kommunistischen Partei Deutschlands und der kommunistischen Internationale auf. Die Rede wurde von dem kommunistischen Cohn ins Russische übertragen, sowohl die deutsche Rede als auch die Übertragung wurden dann auf der Straße durch einen Lautsprecher zu Gehör gebracht. Braun äußerte sich in ähnlichem Sinn wie der ungenannte deutsche Kommunist in der Moskauer Parteikonferenz und bezeichnete den Ausbruch der Revolution des Proletariats in Deutschland als nahe bevorstehend. Seine Rede wurde mit lautem Beifall aufgenommen.

Auf der Schlemmer Spuren.

Abenteuerliche Berichte.

Die deutsche bürgerliche Presse hatte vor kurzem einen besonderen Sport: Sie entwürfelte sich wie auf Kommando über das Auftreten gewisser kapitalistischer Kreise, die in der Schweiz und anderswo ein Schlemmerleben führten, während gleichzeitig im Auslande für das hungernde deutsche Volk Liebesgaben gesammelt wurden. Und die Regierung wurde aufgefordert, einzuschreiten, um dem Unfug zu steuern.

Dann meldeten sich plötzlich die Direktoren der „Winterkurorte“ denen das Beschäftigt bedroht schien. Sie erklärten, es sei alles nicht wahr. Eigentlich seien nur sehr wenige Deutsche amnesend und diese führten ein sehr bescheidenes Dasein. Von Braffertum sei keine Rede. Die Schweizer Blätter, die zuerst auf das Auftreten der deutschen Raskies aufmerksam gemacht hatten, sollten die Unwahrheit gemeldet oder doch stark übertrieben haben.

In den Spalten der deutschen Presse ward die Entrüstung dünner und dünner. Bis sie ganz verschwand.

Jetzt beginnt man schon wieder über die Maßnahmen der Regierung zu hören. In einem Berliner Mittagsblatt findet sich eine angebliche Zuschrift aus Sankt Moritz. Darin wird eine erbauende Geschichte erzählt von einem Kurgast, der sich als Holländer ausgab und viel in holländischen Kreisen verkehrte, aber nicht Sport trieb, wie die übrigen Herrschaften, sondern in seinem Zimmer blieb und umfangreiche Schriftstücke verfasste. Schließlich sei das Gemeindegemeindeamt von St. Moritz sich mit einer Eingabe an das Justizdepartement in Bern gewandt habe, um ihm den Vorfall zu unterbreiten. Der deutsche Leser wird ein Grinsen ob solcher Nachricht bekommen.

Wir glauben zu wissen, daß tatsächlich ein sehr bekannter und ausnahmsweise tüchtiger Beamter des Reichsfinanzministeriums eine solche Winterreise nach St. Moritz angetreten hat. Und zwar ein Herr, der schon sehr erhebliche Dienste auf seinem Spezialgebiet, der Erfassung nicht bezahlter Steuern und flüchtiger Kapitalien,

dargestellt, der sich hat fangen lassen, im übrigen aber zugegeben habe, daß in St. Moritz alles in Ordnung sei. Von irgendwelcher Schlemmerei oder Völlerei habe er nichts bemerkt. Triumphierend versichert die Zuschrift, daß „das Gemeindegemeindeamt von St. Moritz sich mit einer Eingabe an das Justizdepartement in Bern“ gewandt habe, um ihm den Vorfall zu unterbreiten. Der deutsche Leser wird ein Grinsen ob solcher Nachricht bekommen.

Wir glauben zu wissen, daß tatsächlich ein sehr bekannter und ausnahmsweise tüchtiger Beamter des Reichsfinanzministeriums eine solche Winterreise nach St. Moritz angetreten hat. Und zwar ein Herr, der schon sehr erhebliche Dienste auf seinem Spezialgebiet, der Erfassung nicht bezahlter Steuern und flüchtiger Kapitalien,

Frage lautet aber: Wird es gelingen, die Ballettfeiern zu überwinden, die namentlich Kreuz und Rüden noch lähmt, und wird das vorhandene schöne und reiche Talent sich in den Dienst wirklicher erster Tanzkunst stellen lassen? Diese Frage kann erst die Zukunft beantworten.

Hilde Schewior, die sich ebenfalls im Bühnensaal produzierte, ist sicher eine kluge und geistvolle Dame und sie mag eine gute Schauspielerin sein. Zum Tanz aber mangelt ihr nicht nur die elementarste technische Schulung, sondern vor allem auch jede Spur eines rhythmischen Körpergefühls. Man versteht nicht, weshalb sie ihre pantomimischen Goldschnecken von Russk begeben läßt: kaum ein Schritt und kaum ein Beize stimmen mit dem Rhythmus der Begleitung überein. Empathisch wirkte, wenigstens in den ersten Nummern, der Ernst der künstlerischen Gestaltung und eine zurückhaltende Bescheidenheit, die die vorhandenen sparsamen Mittel nicht überbürte. Die ganze Leistung erscheint aber deplaziert in einer Zeit, wo von der Tanzbühne ganz andere Dinge erhofft und erwartet werden als eine oberflächliche stumme Schauspielerlei.

John Schikowski.

Das Eröffnungskonzert der Volksbühne in der Oper am Königsplatz unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Kleiber versprach Beethoven's Ouvertüre „Zur Weihe des Hauses“ und die 9. Sinfonie. Die Ouvertüre wurde uns ohne Angabe der Gründe vorenthalten. Die 9. Sinfonie war in diesem Erfüllungs, in manchem Versprechen. Erfüllung wurde sie in Szenen fantastischer Dämonie und fieslichen Austrauchens. Augencheinlich am innigsten verwachsen fühlte sich Kleiber mit den Wandern des Schlußsatzes der Sinfonie. Wir ihm hier die Verknüpfungen mühselos gelungen, wurde insbesondere aus dem Eindruck klar, den er durch die Beschwörung des bachtantischen Fremdenaunels (auf Chor und Orchester wurden in den Rausch unaufhaltsam hineingegriffen. — Unerfüllt blieben die Weichen des „Adagio molto e cantabile“. Die Einzelstimmigkeit dieses herrlichsten Stückes schien gefährdet, da die innere Blut des Dirigenten zu verlagern schien. Es gab noch mehr Punkte, wo leichte Ergriffenheit vermischt wurde, lo gleich zu Anfang der Sinfonie, wo die Quellen wellenförmig gemindert Einsamkeit zu greifbar aufbrechen. — Chor und Kapelle der Staatsoper gaben ihr Bestes. Das Soloquartett: Gertrud Binder, Margarete Arndt, Ober, Fritj Saot, Friedrich Scharr, herrlich übertraf dem Sopran und sametweich gebildet in der warmen Fülle des Basses, eine Welt der Empfindungen auflösend und fühlvoller Spielerei in „Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt“. — Der Sturm der Begeisterung brach los und die Haus bis auf den letzten Platz füllende Menschenmenge rief den Dirigenten Kleiber unzühlige Mose unter brausenden Beifallsstürmen.

Arbeitsbuch und Rechtsprechung. Bei der Generalsammlung des Vereins Deutscher Bühnenschreiber kamen einige Aufsehen erregende Fälle zur Sprache, die beweisen, wie wenig der dramatische Schriftsteller heute auf Unterstützung durch die Rechtsprechung zu rechnen hat, auch wenn ihm das Recht unbestritten zur Seite steht. In einem Falle waren zwei Lustspiele des verstorbenen Wilhelm Böttgers ohne Zustimmung seiner

geleitet hat, und der sicher nicht so einseitig sich angestellt hat, wie die Zuschrift an das genannte Mittagsblatt es verstanden lassen will. Wir können auch hinzufügen, daß, wenn seine Reise wirklich im Auftrage des Reichsfinanzministeriums erfolgt sein sollte, dies eine der wenigen Handlungen jenes Ministeriums sein würde, die wir nur begrüßen können. Freilich gewissen Leuten mag ein solcher Mittagsgast auf die Nerven fallen. Zumal sie manches zu verbergen haben.

Die Frage ist aber, welches Interesse deutsche Blätter daran haben können, diese von allen Seiten geordnete Unternehmung einer deutschen Behörde zu verhöhnern, wenn man nicht annehmen will, daß ihnen die Angelegenheiten der Raskies höher stehen, als die des guten Rufes unseres Volkes. Vielleicht teilt aber das Reichsfinanzministerium der Öffentlichkeit mit, was eigentlich der Beamte in St. Moritz ermittelt hat, und ob es wirklich wahr ist, daß man gerade diese erfolgreich in Sachen Kapitalverschlebung und dergleichen arbeitende Stelle des Ministeriums abzubauen gedenkt? Wenn ja, wäre auch die Frage zu beantworten, aus welchen Gründen?

Teuerungsexzesse sind keine Politik.

Die Schweiz liefert darum einen badischen Kommunisten aus

Basel, 28. Januar. (A.L.) Das Eidgenössische Bundesgericht hat entschieden, daß dem Erlaß der badischen Regierung auf Auslieferung des seit November 1923 in Basel inhaftierten Kommunisten Vogt zu entsprechen sei. Vogt beteiligte sich an den Teuerungskrawallen vom 18. September 1923 in Lörrach und an den Mißhandlungen des deutsch-nationalen Kaufmanns Rauer. Er machte geltend, daß es sich bei den Krawallen um eine politische Aktion gehandelt habe, weshalb er Anspruch auf ein Asyl in der Schweiz habe. Das Bundesgericht sprach sich aber mit 6 gegen eine Stimme dahin aus, daß es sich in weit überwiegender Maße um gemeine Verbrechen handelte, für die ein Asylrecht nicht bestehe. Gegen Vogt hat die Freiburger Strafkammer in den letzten Tagen schon ein Urteil gefällt.

Ohne diese Schweizer Entscheidung kränklicher zu machen, kann doch daran erinnert werden, daß die Schweiz auch schon politische Flüchtlinge als gemeine Verbrecher ausgeliefert hat, so auf Eisermarsch Berlangen der russischen Genossen von Deutsch, dessen Buch „Viermal emigrieren“ viele reichsdeutsche Arbeiter kennen.

Eine jüdische Versammlung gesprengt.

Nicht etwa von Deutschvölkischen.

Gestern, Montag, Abend sprach in einer vom Verband nationaldeutscher Juden veranstalteten Versammlung der Verbandsvorsitzende Dr. Raumann über das Thema „Deutsche, nicht jüdische Einheitsfront“. Der große Saal des Leninhofes in der Joachimstraße war bis auf den letzten Platz gefüllt, doch waren auch die Vertreter oppositioneller jüdischer Richtungen sehr stark vertreten.

Dr. Raumann führte aus: Deutschland brauche nicht nur Staatsregierung, sondern Volkseinstimmung. Der nationaldeutsche Jude stehe mit den deutschen Nichtjuden in tiefsterführender Schicksalsgemeinschaft. Eine jüdische Einheitsfront mit den Zionisten sei nicht möglich, sie würde nur dem jetzt unredlichen Antisemitismus eine scheinbare Berechtigung geben. Der nationaldeutsche Jude könne nur eine deutsche, keine jüdische Einheitsfront. Die Worte des Redners klangen aus in dem Sturz aus dem Buch Ruth. Wo Du hingehst, da will ich auch hingehen. Dein Volk ist mein Volk. Der Tod kann uns nur scheiden. (Langanhaltender Beifall.)

In der anschließenden Diskussion sprach als erster Redner der frühere Reichstagsabgeordnete der Obersten Heeresleitung Major a. D. Kiefer, der darauf hinwies, daß er als Feind des Umsturzes seinen Abschied habe nehmen müssen. Mit den radikalsten Rechtsparteien sei er denn auseinander gekommen wegen der Judenfrage. Er sei dem dem Liebes des Umsturzes auf den Grund gegangen, und dabei habe er den Deutschvölkischen Kampf anfangen müssen, weil das Schlagwort „Die Juden sind an allem schuld“ die anderen Gründe der deutschvölkischen Bewegung verflüchtigen sollte. Allerdings hätten sich gewisse Teile der Judenenschaft so betrogen, daß ein Antisemitismus entstehen konnte. Aber das habe den Antisemiten noch nicht das Recht, Programme gegen die übrigen Juden zu personifizieren. Er erklärte: „Wir nationalen Deutschen nehmen die Juden, die zu uns kommen, mit offenen

Rechtsnachfolger verfilmt worden. Ueber die Tatsache des Plagiats, und damit der Honorarpflicht seitens der Filmfirma an die Wollerschen Erben, bestand kein Zweifel, jedoch zog sich der Prozeß trotz des klaren Sachverhalts 4 volle Jahre hin und schließlich wurden der Witwe Wollers im Oktober 1923 ganze 200 Millionen Honorar für die widerrechtliche Verfilmung der beiden Dramen zugesprochen. — Noch trasser ist die Stellungnahme des Bundesgerichts II in Berlin zu dem Kartellverbot, den der Verband der Bühnenschreiber mit dem Deutschen Bühnenverein, der Dramatiker der Theaterdirektoren, im Jahre 1919 auf 5 Jahre abgeschlossen hatte. Dies Kartell ist bestimmt, den Autoren dadurch die allmählich günstigen Tantiemen zu sichern, daß die Mitglieder des Bühnenvereins nur Werke von Mitgliedern des Bühnenschreiberverbandes aufzuführen und andererseits die Mitglieder des letzteren Verbandes ihre Stücke nur Mitgliedern des Bühnenvereins einreichen dürfen, während bei Abschlüssen einzelner, nicht organisierter Autoren mit einzelnen Direktoren die letzteren vollständig der Willkür der letzteren preisgegeben sind und unter Umständen ganz um ihre Tantiemen kommen. Dieses durchaus im Geiste jeder anderen Fachorganisation geschlossener Kartell wurde von vollständig sachfremden Berufsrichtern als „unethisch“ gekennzeichnet. Vermutlich gilt ihnen die rücksichtslose Ausbeutung dramatischer Autoren durch krupallöse Geschäftstheaterleiter als ein erstrebenswertes Beschäftigungsgebiet.

Das Ende des Meteorstaubs. Vor kurzem ist der Bericht über die Grönland-Durchquerung erschienen, welche die Schweizer Gelehrten Quenoin und Rescaillon vor einigen Jahren unternommen haben. Dieser Bericht räumt u. a. gründlich mit einer Theorie auf, die seit Korden nicht viel nachgefragt hat. Der berühmte Schwede hatte in dem Staub, der sich auf den nordischen Gletschern ansetzt, ein kosmisches Gebilde zu sehen geglaubt, meteorische Kleinplaneten aus dem Weltall, die auf un'ere Erde fallen und ihre Masse allmählich vermehren. Andere haben darauf dann ganze Weltbildungstheorien gegründet. Die Schweizer haben den arabischen Meteorstaub der Gletscher gründlich untersucht und festgestellt, daß er lediglich den Felsen der Kalksteine entstammt und meist Quarzstaub ist. Höchstens könnte man keine Beimengungen von Magneteisenerz als kosmisch ansprechen, aber auch das ist zweifelhaft.

Druckfehlerberichtigung. Die No. 3 „Zur Förderung der Architektur“ in der heutigen Morgenausgabe enthält in der dritten Zeile einen sinnentstellenden Druckfehler. Statt „Baugutachten“ muß es heißen: „Baugutachten“.

Bericht über die Stadtbühne Charlottenburg. Am Donnerstag, dem 11. Jan., ließ Prof. Ferdinand Gregori im Schauspielhaus, Büchsenstraße 100/107, an den Herren von Germin Guido Kolbenheyer vor. — Beginn 8 Uhr abends. — Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. in der Hauptkassette und in den Nebenkassetten.

Act Salacca, die Ballettschülerin der Sigman-Schule und erste Gruppentänzerin der Tanztruppe, veranstaltet am Mittwoch, 6. Februar, im Bühnensaal mit neuen Darbietungen einen Tanzabend.

Ueber „Die Kälte des Vogels“ hält Friedrich A. Zucan, der Vorsitzende der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft, am 18. Februar, abends 8 Uhr, im Hofsaal der U. a. M., Landwehr 48, einen Vortrag mit Abbildungen von der Vögelwelt der Vögelwelt, den Zugstrichen der Vögel und den Vögelwelt Kaffeln und Geigeln.

Verhaftet.

Von Hans Wefemann.

Im grellen Licht der Bogenlampen liegt der Potsdamer Platz. Autobahnen gellen. Auf den Fußsteigen der abendliche Schwarm geschminkter Mädel, Straßenhändler, Radsummler und zwischen ihnen das sozialerhaltende Element des Bürgers, der aus den Konzerten und Theatern den Weg nach Hause nimmt.

Aus einer der dunklen Nebenstraßen fährt plötzlich ein wilder Schrei hoch. Bewegung, Laufen, Stehenbleiben, neugieriges Worteln. In die weiße Helle der vielen Lichter im Café Vaterland flücht eine kleine Gruppe Menschen. Zwei Polizisten halten einen Mann gepackt und schleifen ihn vorwärts. Um sie herum eine geschillende, schreiende, johlende Menge.

Einen Augenblick nur sieht man das Gesicht des Verhafteten, weiß, verzerrt, mit weit geöffnetem Munde, dem ein Schrei der Wut und des Schmerzes entströmen will, wirres Haar und ein zorniges Abwehren des Kopfes gegen den durchgehenden Polizeigriff, der ihn mit sich reißt.

Schon tauchen sie ins Dunkle. Kaum daß das Publikum die Szene erfaßt hat. Gleichgültig geht man weiter, es passiert heute ja soviel.

Ein kleines Straßenmädchen drückt sich erschrocken in einen Winkel. Und während sich unwillkürlich die zitternden Hände fallen, denkt es angestrengt an die „Güte“, an den „Aer“, an die langen grauen Wochen im „Bornim“, und während ein schweres träges Erinnern sie zusammenfahren läßt, sagt sie zornig halbblau „Verfluchte Hunde“, und die Tränen stehen ihr dabei in den Augen.

Der stramme Herr im Gehpelz aber, der alles mit angesehen hat, sagt mißbilligend zu seinem Begleiter: „Schlappe Bande, einen Hacken gegen die Kinnlade, und er macht keinen Ruck mehr!“ und dann gehen sie einen Kognak trinken.

Keimendes und Ueberlebtes.

Im Bühnensaal debütierte vorige Woche die vierzehnjährige Tessa Lehner, eine Berliner ungarischer Abstammung, sieben Jahre war sie im Drill der Ballettschule, dann bei Julia Kramt. Vom Stil her Kramt ist allerdings nicht viel bei ihr zu bemerken; ein Tanz „Wellen“, der an ihn erinnert, blieb ohne Wirkung, weil ihm die Beleuchtung und Durchdringung fehlte, die erst mit wachsender Reife kommen kann. Die Kunst oder die Künste, die dem Debüt der Kleinen einen raudenden äußeren Erfolg eintrugen, lernden fast ganz auf einer lobelichsten Technik, die alle Register der Ballettschule mit spielender Behändigkeit und grobherzlicher Kammi weilt. Wesentlich ist die zweifelhafte ungewöhnliche rhythmische Begabung, das echt tänzerische Temperament und eine raffige Hingebung, die von dem angeleiteten Schmitz janzender Wunderkinder unverkennbar abfällt. Die entscheidende

Kriegen auf und sind bereit, mit ihnen auf Tod und Leben gemeinsam gegen jeden Feind der deutschen Nation zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Sanitätsrat Dr. Peyser lehnte für die nationaldeutschen Juden ab, die Hilfe einer internationalen Jüdischen Liga anzunehmen, dazu seien sie als Deutsche zu stolz. Den Zionismus, so betonte Dr. Peyser, der unsere Kinder zu Reichdeutschen machen will, bekämpfen wir bis auf den letzten Blutstropfen.

Nachdem Reichstagsabgeordneter Morath (DfP) Dr. Kaumann zu seiner Rede beglückwünschte, sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Ostler Cohn. Gegenüber den Ausführungen Anfers fragte er, ob die Erhaltung eines solchen Deutschstums, das sich zur Reaktion beseitigt und zum Repandierkrieg rufe, einen neuen Weltkrieg wert sei. Kaumann hatte Dr. Cohn diese Worte ausgesprochen, da antwortete ihm ein viestimmiges „Ja“, worauf das Deutschland freudig angestimmt wurde. (Stürmische Zurufe wie „Landesvater“, „Vaterland“, „Vaterland“, „Vaterland“.) Dr. Cohn konnte nicht weiterreden. Es entstand ein lang andauernder Tumult, der eine geordnete Fortführung der Versammlung unmöglich machte. Die herbeigerufenen Schutzpolizei räumte schließlich den Saal.

Lindström — der Skandinavier.

Ludendorff wird den Marsch auf Berlin wiederholen.

Ludendorff hat vor einiger Zeit dem Vertreter der norwegischen „Waffenposten“ ein Interview gegeben, worin er sich nach einmal über die Ereignisse des 8. November verbreitet und nach, Posen und Seiger des Wortbruchs geht. In der Konferenz am Nachmittag des 8. November wären danach sich Ludendorff und die genannten drei „vollständig“ einig über die Ziele gewesen. „Alle gelobten feierlich, keinen Schritt vorzunehmen, ohne vorher die anderen zu unterrichten“. Ludendorff allein habe das Versprechen loyal gehalten, vom Hilters Vorhaben habe er erst erfahren, als er in den Bürgerbräukeller geholt wurde, die drei anderen gaben ihr Versprechen zur Mitwirkung ohne Zwang und Drohung ab.

Ludendorff schildert dann den Demonstrationenzug am 9., der von einem mörderischen Gewehrfeuer überfallen wurde. Auf Commando warf sich der Zug zur Erde. Ich schickte mich aufrecht mit den Händen in den Taschen durch die Feuerlinie und wurde auf dem Odeonsplatz verhaftet. Der angebliche Wortbruch nach, Posen und Seiger sei unter dem Druck des Cardinals Haushaber und des Kronprinzen Rupprecht zustande gekommen. Auf die Frage des Interviewers, ob Ludendorff die Sache für verloren ansehe, erwiderte dieser:

„Nein, im Gegenteil! Ich erhalte täglich Beweise dafür, daß die öffentliche Bewegung ungeheurer viel Anhänger in allen Kreisen, gerade infolge der Ereignisse des 8. November gewonnen hat. Auch von Seiten der Arbeiter wird der Zustand immer größer; ich weiß sehr wohl, daß ich persönlich in Arbeiterkreisen nicht gern gelitten war, aber das ist jetzt anders geworden. Diese Leute verstehen treuen Mannesmut zu schätzen. Wir geben den Kampf für Recht und Gerechtigkeit, für Freiheit und Fortschritt des Volkes nicht auf.“

Meine Freunde glauben, mit einem Diebstahl dadurch zu tun, daß sie die Sache so darstellen, als hätte ich mich von Hitler überreden lassen. Ich bedanke mich für derartige Freundschaften. Ich habe mich nicht überreden lassen, ich habe aus meiner innersten Überzeugung gehandelt und in dem sicheren Glauben um Ruhm meines Volkes und meines Vaterlandes zu handeln.

Gerne versucht man „den großen Feldherrn“ zu entschuldigen und mein Schuldkonto in der Hitler-Sache meinen Verdiensten im Weltkriege auszugleichen. Ich verbitte mir energisch einen derartigen Mißbrauch meiner Person und meiner Verdienste als Feldherr. Am 8. und 9. November trat ich als Franzose und Deutscher auf, nicht als „der große verdammte Feldherr“.

Der Kern des Volkes ist noch gut, aber die obersten Feinhäute sind zerstört, und zwar ist die Moral defekt, nicht die Nerven. Sie können Ihren Banditen lauten, daß wir dennoch Männer und Jünglinge haben, die wert sind, Leben und Blut für das Vaterland herzugeben und die an ihrer Heberzeugung festhalten trotz Mißerfolg und Niederlage. Wir sind diesmal nicht vorwärts gekommen, aber wir kommen früher oder später wieder. Eine Bewegung, die so tiefe Wurzeln in den Besten des Volkes hat, läßt sich auf die Dauer nicht durch Bajonette und Maschinenengewehre niederhalten.

Die Unternehmung schließt mit einem plumpen Anbiederungsversuch an die skandinavischen Völker, denen „bald klar werden muß, daß wir für die Bewahrung der ganzen skandinavischen Rasse kämpfen“. Die Skandinavier werden diese Schmeichelei wohl ebenso richtig einschätzen wissen, wie die Arbeiterschaft, die den Ludendorffschen Mannesmut schätzen gelernt hat. Interessant und sicherlich für das bayerische Volksgemüt sehr wertvoll ist das Eingeständnis, daß Ludendorff früher oder später seinen hochverräterischen Plan wiederholen will.

Werdungs wird er dieses Interview vielleicht ebenso abstreifen wollen, wie das vor Jahresfrist dem dänischen Journalisten Sonntag für „Berlingske Tidende“ gegeben. Um die Begegnung mit dem Dänen unter seinem Eide leugnen zu können, mußten allerdings zwei Kronzeugen gegen Ludendorff, nämlich der Redakteur Kunkel von den „Mündener Neuesten Nachrichten“ und Ludendorffs Haushälterin Alma Gottschalk unschuldig gemacht werden. Gester wurde bekanntlich kritisch verabschiedet; letztere von Ludendorff bedrängt, er werde sie für unzurechnungsfähig erklären lassen, wenn sie den Besuch Sonnings vor Gericht endlich bestätigen würde. Ein dänisches Gericht, das den Fall Sonntag verhandelt, hat jedoch Ludendorffs Eid nicht für so voll nehmen können, daß es Herrn Sonntag die Glaubwürdigkeit absprach. Der Chefredakteur von „Posten“, der das auf Grund der Ludendorffschen Ableugnung verurteilte, wurde im Dezember deswegen verurteilt.

Freigabe der Dänenblätter.

Amlich wird gemeldet: Das im November v. J. erlassene Verbot der „Neuen Pflanzburger Zeitung“ (Pflanzburg), der „Neuen Schleswiger Zeitung“ (Schleswig) und des „Säftewiger (Niedbüll)“ ist aufgehoben worden, so daß die Blätter fast gestern wieder erscheinen.

Verboten wurden die Blätter wegen angeblicher Agitationsbestrebungen. Als die Redaktionen eine diesbezügliche Lokalitätsklärung abgegeben hatten, hätte lokalweise auch das Verbot aufgehoben werden müssen. Stattdessen fand man einen neuen Vorwand: die betreffenden Redakteure hätten öffentlich gegen das Verbot gesprochen, was zu unterlassen sie sich niemals verpflichtet hätten.

Der Kopenhagener Gesandte v. Rutius wird, weil er in persönlichem Verkehr beim Außenminister die Aufhebung vertritt, desorb von der „Kreuzzeitung“ zu einem „roten Diplomaten“ ernannt. Er darf sich trösten. Das Verbot ist nämlich aufgehoben worden, nachdem der rote Außenminister Stresemann den roten Chef der Heeresleitung und Inhaber der polizeirechtlichen Gewalt, Herrn v. Seeck, von der Notwendigkeit überzeugt hat.

Die Beraubung der Auslandsbriefe.

Neue Feststellungen.

In den letzten Jahren häuften sich auffallend die Beschwerden, daß gewöhnliche und eingeschriebene Briefe aus dem hochpolitischen Zustande, besonders aus den Vereinigten Staaten von Amerika, nach Deutschland ihres Wertes (meist Papiergeld und Schicks) beraubt würden oder den Empfänger überhaupt nicht erreichten. Diese Beraubung und Entwendung von Auslandsbriefen bildet ein trauriges Kapitel aus der Zeit der deutschen Währungszerstörung und der deutschen Not. Daß sich leider pflichtvergessene deutsche Postbedienstete auf diesem Gebiete in zahlreichen Fällen schuldig gemacht haben, ist durch Gerichtsurteile erwiesen. Die Reichspostverwaltung hat es an Bemühungen zur Bekämpfung der traurigen Weiterentwicklung durch scharfe Ueberwachung und besondere Betriebsmaßnahmen nicht fehlen lassen, und das Postpersonal ist ebenfalls nach Kräften bemüht gewesen, ungetreue Elemente in den eigenen Reihen zu entlarven und dem Richter zuzuführen. Diesen vereinigten Bemühungen ist es zu danken, wenn es mehr und mehr gelungen ist, der Gefährdung des guten Rufes der deutschen Post wirksam entgegenzutreten.

Nicht in Deutschland bestohlen.

Ohne nun die Tatsachen beschönigen zu wollen, erfordert es die Gerechtigkeit zu sagen, daß sich seit längerer Zeit untrügliche Beweise dafür ergeben, daß sich die Beraubung und Entwendung von Auslandsbriefen vielfach gar nicht auf deutschem Boden ereignet haben. Zeugnisse dafür sind der Reichspostverwaltung aus den Kreisen der Absender und Empfänger von Auslandsbriefen wiederholt zur Verfügung gestellt worden. So heißt es, um nur ein Beispiel anzuführen, in einem Bericht eines Postknechts in Nürnberg vom Juni 1923, daß dem Postamt ein beschuldigter Brief aus Amerika zugegangen sei, der dem Empfänger, wie es die Bestimmungen vorschreiben, auf dem Postamt übergeben werden sollte. „Der Brief“, so berichtet das Postamt, „war offensichtlich widerrechtlich geöffnet gewesen, hatte aber kein Geld enthalten, dafür aber einen für die deutsche Postverwaltung sehr wertvollen Bemerker, der also lautete: „Ich hatte vor ein paar Monaten 15 Dollar im Brief an Euch und Kaihi geschickt und ein Briefmörder hat den Brief aufgedröhrt und das Geld gestohlen, nicht nur meins, sondern im ganzen 1800 Dollar. Als ich ihn fragte wegen meiner Quittung, sagte er jedesmal, er habe sie veressen. Als dann die Klagen einliefen, daß die Adressaten die Briefe nicht bekommen hätten, war er verschunden. Die Leute, die Quittungen vorgezeigt konnten, hat kein Vater entschädigt; aber die meisten hatten keine. Wenn ein amerikanischer Brief nach

Deutschland geht, vermuten die Briefträger Geld darin, und wir müssen es dem Briefträger anvertrauen, weil in unserem Orte keine Post ist.“

Diebe auf Ueberseedampfern.

Kürzlich hat sich nun ein Fall von Massenberaubung der Briefpost auf dem Dampfer „Mongolia“ der American Line durch Schiffspersonal zugetragen. Ein Bismarck Fischer hatte an einer Sandbank der Nordsee ein Briefbündel aufgefischt, das von dem Dampfer „Mongolia“ herrührte, der am 5. November von New York in Hamburg eintraf. Die Schiffsleitung des Dampfers hatte inzwischen den ersten Zimmermann Edward Semit, der aus Libau gebürtig ist und seit drei Jahren die amerikanische Staatsangehörigkeit besitzt, der Beraubung der Post überführt und neben zwei weiteren Schiffsbediensteten, die im Verdachte der Mithäuferschaft standen und aus Riga und Libau stammten, dingfest gemacht. Die polizeiliche Untersuchung nach Ankunft des Dampfers ergab, daß Semit sich einen Schlüssel zu dem Postkabinenraum hergestellt hatte. Die Postkabinen hatte er des Nachts in eine leere Passagierkabine getragen, wo er sie während der Mittagszeit öffnete, die Briefe erbroch und den Geldinhalt an sich nahm; die aufgerissenen Briefe und Poststücke warf er über Bord. Von der Briefpostladung, die 193 Säcke betrafen sollte, waren nur noch 186 Säcke vorhanden. Die fehlenden Briefstücke waren für Hamburg, Bremen, Berlin, Köln und für die Bahnposten Genua-Hannover und Herbedes-Al-Rhein bestimmt gewesen. Bis jetzt fehlt das Fehlen von mehr als 2000 eingeschriebenen Briefen, neben einer großen Menge gewöhnlicher Briefsendungen, fest. Die Sendungen rühren wahrscheinlich in der Hauptsache aus dem Monat Oktober her und sind, aus Amerika kommend, nach Deutschland gerichtet gewesen. Deutsche Zeitungen in Amerika, so der „New Yorker Herald“ und die „Philadelphia Gayette-Democrat“, haben mit großen Ueberschriften („Briefe nach Deutschland auf Schiff erschossen“, „Seeleute's Posträuber verhaftet“ usw.) über den Fall berichtet. Eine andere Untersuchung schmeißt ferner über große Beraubungen, die im April 1923 auf dem amerikanischen Dampfer „Winnetahba“ vorgekommen sind.

Die besonders in Amerika weitverbreitete Ansicht, daß die Entwendung und Beraubung von Auslandsbriefen nur in Deutschland vorkommen könne und deutschen Postbediensteten zur Last falle, ist jetzt also vor aller Welt widerlegt. Das ist gegenüber den vielen Angriffen auf die Reichspost und das deutsche Postpersonal zur Steuer der Wahrheit festzustellen.

Mit Chloroform betäubt.

Bis aufs Hemde ausgezogen.

Hilflos und nur notdürftig behelfen wurde heute früh im Flur des Hauses Kamminer Str. 31 die 30 Jahre alte Schneiderin Ma D. aus der Eisenacher Str. 116, aufgefunden. Sie ging gestern abend mit einer Freundin aus. An der Charlottenburger Brücke wurden die beiden von zwei Herren angesprochen, die sie einladen, mit ihnen eine Dialekt zu besuchen. Die Schneiderin nahm die Einladung an, während ihre Freundin nach Hause ging. Sie bestieg mit den Herren eine Droschke. Einer der Männer nannte sich Staffmeister v. Beermann, er ist etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,80 Meter groß und breitschultrig. Er trug einen braunen Wandfesteranzug und eine Automobilschirmmütze. Sein Begleiter ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, trägt einen dunkelblauen Paletot und einen weichen Hut. Er ist mittelgroß. Die Droschke war mit einem Schimmel bespannt, und eine Scherbe des Gefährts war durch die Gitter in vier Teile geteilt. Der jüngere der beiden Begleiter hat ihr dann ein Tuch, wahrscheinlich mit Chloroform, vor das Gesicht gepreßt, worauf sie das Bewußtsein verloren hat und erst in dem Hausflur wieder zu sich gekommen ist. Die beiden Täter haben ihr die gesamte Ober- und Unterkleidung sowie Hut und Stiefel und die Handtasche mit 1,80 Goldmark geraubt. Zweckmäßige Angaben über diese Angelegenheit nimmt Kriminalkommissar Raue vom Polizeiamt Charlottenburg entgegen. Wie wir erfahren, hat sich kürzlich bereits ein ähnlicher Fall ereignet.

Arbeiterbildungsschule Groß-Berlin.

Am Rufe der nächsten und der darauffolgenden Woche beginnen die Vorbereitungsstufen für Funktionäre und rednerisch befähigte Genossen und Genossinnen. Es finden gemeinschaftliche Übungen in mündlicher und schriftlicher Form statt. Wichtige Gebiete der Wirtschaft und Politik werden wissenschaftlich bearbeitet. Die Übungen finden in folgenden Lokalen statt: 1. Am Mittwoch, den 30. Januar, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Hilfsfortbildungsschule, Grünhaldenstr. 5, für die Mitglieder des 3. Kreises und der benachbarten Bezirke Pankow, Reinickendorf usw. 2. Am Freitag, den 1. Februar, abends 7 Uhr, im Gelangsaal der Sophienschule, Weinmühlstr. 16/17, für den 1. Kreis und die benachbarten Bezirke. 3. Am Montag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im Lokal von Obil Nachf., Inhaber Will, Schöneberg, Martin-Luther-Str. 68, gegenüber Neues Rathaus, für Schöneberg, Wilmersdorf und benachbarte Bezirke. 4. Am Freitag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, im Zentralljugendheim, Lindenstr. 3, für den 6. Kreis und die angrenzenden Bezirke. Als Lehrer sind gewonnen die Genossen Breuer, Ruttner, Dr. Bohmann, Heinrich Schulz und Albert Harlich. Die Hörgeldgebühr beträgt pro Teilnehmer und Abend ein Pfund, Lokalzuschlag 15 Goldpfennige. Die Kurse umfassen insgesamt sechs Abende. Der Betrag für alle sechs Abende zusammen in Höhe von 90 — neunzig — Goldpfennigen ist am ersten Abend zu entrichten. Hörerkarten für alle Veranstaltung sind zu haben im Bezirksbildungsausschuß, bei allen Abteilungsleitern und den Mitgliedern der Kreisbildungsausschüsse und vor Beginn jedes Kurses am Einzug zum Vorleseklub. — Am Freitag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, in der Kraben-Mittelschule Neukölln, Donaustr. 120/122 für den Kreis Neukölln und die angrenzenden Bezirke.

Das Arbeiter/erziehungsheim Stutenhaus.

Vor einiger Zeit wurde in unserer illustrierten Beilage „Walt und Zeit“ eine Abbildung des Arbeiter/erziehungsheims Stutenhaus im Thüringer Wald veröffentlicht. Von der Leitung des Vereins werden wir nun ersucht, auf die Vorteile hinzuweisen, die das Heim auch den Winterportlern bietet. In einer der schönsten Stellen des Thüringer Waldes, 750 Meter hoch, liegt das Stutenhaus. Riefige, flach und steil abfallende Wiesenflächen breiten sich vor dem Heim aus und bieten ein ausgezeichnetes Stelzenland. In die nähere und weitere Umgebung lassen sich herrliche Langläufe unternehmen. Die Schmäde, Gehberg, Oberhof, der Schneefuß lassen sich bequem erreichen. Seit Ende November liegt hoher Schnee, der bis in die Oberseil liegen bleibt. Zurzeit beträgt die Schneehöhe 4 Meter bei einer Durchschnittstemperatur von 5 bis 7 Grad Kälte. Die Wohn- und Verpflegungspreise sind sehr gering. Das Heim, das von der Herkulesgenossenschaft Naturfreunde Jena unterhalten wird, ist für Jedermann geöffnet. Anschrift: Ferienheim Stutenhaus, Post Schmiedefeld (Thür. Wald).

Untermieter in Not.

Zu der Notiz „Untermieter in Not“ in Nr. 39 des „Vorwärts“ vom 24. Januar teil uns das städtische Zentralamt für Wohnungswesen folgendes mit: Bereits durch Beschlüsse vom 3. November v. J. wurde erneut darauf hingewiesen, daß nach wie vor jeder Abschluß eines neuen Mietvertrages, und zwar auch über möblierte Zimmer und Wohnungen — vom Vermieter binnen

einer Woche dem zuständigen Wohnungsamt unter Vorlegung des Originalvertrages anzugeben ist (§ 3 der Bekanntmachung des Magistrats zum Schutz der Mieter vom 12. Mai 1921). Die Vertragschließenden schätzen sich am besten gegen Nachschlechte, wenn sie endlich diese schon seit Jahren geltende Bestimmung beachten.“

„Gräfin Epohn“.

Die Ueberraschung auf dem Anhalter Bahnhof.

Eine Hochstaplerin wurde nach einem Absteiger in die Schwärze bei der Rückkehr zu ihrer größten Ueberraschung auf dem Anhalter Bahnhof festgenommen. In vielen Pensionen mietete sich eine junge Dame ein, die sich „Gräfin Epohn“, „Freiin von Ustar“, Frau Oberleutnant Spener, Frau Dr. Schröder usw. nannte, je nach dem Hause, in dem sie obliet.

Sie erzählte Schauermärchen von dem Schicksal ihrer Angehörigen und ihrer eigenen Flucht aus dem Ruhrgebiet und fand so überall Mitleid und Kredit. Wenn die Rechnung hoch genug anfallen konnte, suchte sie die Gelegenheiten, sich von einem anderen Gast ein wertvolles Kleid oder einen Pelz zu bergen, und verschwand dann auf Zimmerwiedersehen. Ende vorigen Jahres stellte die Kriminalpolizei fest, daß man es mit einer 25 Jahre alten Frau Charlotte Schröder zu tun hatte, die auch früher schon Schwindelbetriebe verübte. So hatte sie sich einmal einem höheren Beamten unter allerlei Vorpiegelungen genähert. Dieser nahm sich ihrer an, und so lebte sie auf dessen Kosten als Baronesse eine geraume Zeit in Fürstberg in Mecklenburg, obwohl sie dort Verwandte hatte. Hier standen ihr Diener, Pferde und Wagen zur Verfügung. Nach ihren vielen Schwindelbetriebe in den Berliner Pensionen verstand sie, wie die Ermittlungen nach Feststellungen ihrer Persönlichkeiten ergaben, nach Paris. Als sie glaubte, daß man sie in Deutschland verhaften haben werde, kehrte sie zurück. Die erste Station machte sie in Boden-Boden, dann nach und nach in Bodenweiler, Weihenfels, Erfurt, Köln und anderen Städten Mitteldeutschlands. An einer Stelle lernte sie einen Soldaten Marion kennen, betrug ihn und führte dann auch nach seinem Namen. Wo er sich endlich weigerte, ihre große Hotelrechnung zu bezahlen, verschwand sie heimlich mit ihrem genauen Gepäck. Als sie wieder in Berlin eintraf, wurde sie auf dem Anhalter Bahnhof von einem Kriminalbeamten erkannt, nach dem Polizeipräsidium und von dort nach Moabit gebracht. Weitere Mitteilungen über ihr Treiben, besonders auch in der Provinz und im Reich, nimmt Kriminalkommissar Brebeck im Polizeipräsidium entgegen.

Das Falschgeldunwesen.

Seit dem ersten Januar sind in Berlin allein nicht weniger als 170 Personen wegen Herstellung und Verausgabe falscher Geldscheine festgenommen worden. Ein großer Teil mußte von der Kriminalpolizei wieder entlassen werden, weil man diesen Leuten nicht nachweisen konnte, daß sie die Scheine absichtlich ausgegeben hätten, obwohl sie wußten, daß sie falsch waren. Ein Teil der Freigelassenen wurde alsbald zum zweitenmal ergriffen. Von den 170 Mann wurden 73 sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Einige von ihnen sind bereits abgeurteilt. Zu den Verhafteten gehört auch ein Händler Kurt Binder, der früher schon als Eindrehler in einer berühmten Kolonne mit seinen beiden Brüdern eine große Rolle spielte. Kurt Binder soll sich nach der Sprengung dieser Bande um, und war im Jahre 1919 schon einmal in eine Falschgeldsache verwickelt, wurde aber nach Schmutzverurteilung freigesprochen, während die Mitverhafteten zu schweren Strafen verurteilt wurden. Jetzt hatte er in der Wohnung seiner Geliebten Marie Hildebrand in der Poststraße eine Falschschneiderei eingerichtet. Kriminalbeamte des Polizeiamtes Weidling konnten ihm hier auf die Spur, nahmen ihn und seine Geliebte fest und beschlagnahmten außer der Druckmaschine und einer Menge Papier nicht weniger als 600 Bogen Falschgeld für 420 Goldmark.

Wegen eines größeren Kellerbrandes wurde die 3. Kompanie der Feuerwehr nach der Lippener Straße 18 alarmiert. Dort brannten Kellerverlässe, in denen Kartons und Hausrat in falscher Ausdehnung lagerten und brannten, doch unvorstellbar mit mehreren Schlauchleitungen vorzugehen werden mußte. Die Dualmentwicklung erschwerte den Angriff ungemein. Trotzdem gelang es, die Flammen aus dem Keller zu beschränken. Die Entstehung wird auf Falschheit zurückgeführt. Ein weiterer Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Wallstraße 17, wo Kohlen in Brand geraten waren.

Sport.

Das 11. Berliner Sechstagerrennen, das im Sportpalast vor sich gehen wird, beginnt heute abend 9 Uhr. Die im heutigen Morgenblatt mitgeteilte Nachricht, daß auch Lewanow am Rennen teilnimmt, beruht auf einem technischen Versehen. Heute wird vielmehr mit Lawrence fahren.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitslosigkeit im Auslande.

Während der letzten Monate ist die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern gestiegen. Es kann jedoch angenommen werden, daß es sich um die in den Wintermonaten übliche Steigerung in der Arbeitslosenziffer handelt. Aus den uns vorliegenden Angaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes geben wir folgende Uebersicht:

Nach den offiziellen Angaben betrug die Zahl der Arbeitslosen in Australien im dritten Quartal 1923 insgesamt 93 000 oder 7 1/2 Proz. Die 455 berichtenden Gewerkschaften mit 380 256 Mitgliedern hatten insgesamt 28 122 oder 7 1/4 Proz. arbeitslose Mitglieder. — Am 3. November 1923 wurden in Belgien insgesamt gezählt 12 691 ganz oder teilweise Arbeitslose. — Die Zahl der Arbeitslosen ist in Dänemark in den letzten Monaten stark gestiegen. Im November 1923 waren 11 1/2 Proz. der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten arbeitslos, gegen 15 1/2 Proz. im November 1922. Am 7. Januar 1924 wurden 49 000 einjährigedienstleistende Arbeitslose gezählt gegen 58 900 im Januar 1923. — Am 1. Dezember war in Frankreich die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser eingetragenen Arbeitslosen 10 828, davon 7131 Männer und 3797 Frauen. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug am 6. Dezember im ganzen Lande nur 399. — Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien hat seit dem Jahre 1921 ihren niedrigsten Stand erreicht. Im Laufe des Jahres 1923 hat sie um über 300 000 abgenommen. Von den gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren am 26. November 1923 11 1/2 Proz. arbeitslos gegen 12 1/2 Proz. im November 1922. Am 31. Dezember 1923 wurden 1 250 000 arbeitslose Männer und Frauen gezählt. Von den 1 149 038 Gewerkschaftsmitgliedern der bestehenden Gewerkschaften waren Ende November insgesamt 120 882 oder 10 1/2 Proz. arbeitslos, gegen 14 1/2 Proz. Ende November 1922. — Von den 267 228 Mitgliedern der subventionierten Arbeitslosenstellen in Holland waren am 8. Dezember 1923 36 709 oder 12 1/2 Proz. ganz und 9120 oder 3 1/2 Proz. teilweise arbeitslos. Die entsprechenden Zahlen im Dezember 1922 10 1/2 und 2 1/2 Proz. Bei den Arbeitslosen der Gemeinden mit über 5000 Einwohnern waren am 23. Dezember 38 733 arbeitslos, gegen 43 492 arbeitslos und unangeleitete Arbeiter eingetragenen. Die eintragungsfähigen sind nicht immer arbeitslos; ebenso gehört von den unangeleiteten Arbeitern ein Teil zu den teilweisen Arbeitslosen. — Aus Italien liegt die letzte Ziffer für August 1923 vor mit 178 602 Arbeitslosen, ebenso aus Polen, wo sie 58 515 gegen 120 000 im Februar 1923 betrug. — In Kanada betrug die Zahl der Arbeitslosen unter den Gewerkschaftsmitgliedern Ende Oktober 4 1/2 gegen 2 Ende September und 3 1/2 Proz. am 31. Oktober 1922. — In den fünf größeren Industriestädten von Lettland — Riga, Windau, Libau, Mitau und Dünaburg — waren im Oktober insgesamt 3556 Arbeitslose eingetragenen, davon 1296 Männer und 2 270 Frauen. — Die Arbeitslosigkeit ist in Norwegen in den letzten Monaten stark gestiegen; am 25. November 1923 wurden 18 600 Arbeitslose gezählt, gegen 25 600 am 26. November 1922. Nicht eingetragene sind die bei Notstande helfenden Beschäftigten circa 9000 Personen, gegen 12 000 im November 1922. — Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Österreich betrug Ende Oktober 1923 75 774, gegen 78 801 Ende September und 58 018 Ende Oktober 1922. — In Schweden waren von den 136 320 Gewerkschaftsmitgliedern der bestehenden Gewerkschaften am 31. Oktober 1923 11 013 oder 8 1/2 Proz. arbeitslos und im Januar 1923 21 1/2 Proz. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist weit höher, da nicht alle Gewerkschaften regelmäßig berichten. So waren von den 202 000 Mitgliedern der Gewerkschaften Schwedens Ende November insgesamt circa 25 000 arbeitslos. — Die Zahl der sämtlichen Arbeitslosen in der Schweiz, eingeschrieben bei den subventionierten Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitslosen ist von Ende Oktober bis Ende November 1923 von 24 013 auf 27 029 gestiegen, während die Zahl der teilweisen Arbeitslosen im selben Zeitraum von 14 002 auf 14 308 zurückgegangen ist. — Am 1. Januar 1923 waren in der Tschechoslowakei 437 841 oder 15 1/2 Proz. aller erwerbsfähigen Personen arbeitslos. Seitdem ist die Arbeitslosigkeit ständig zurückgegangen. Anfang September wurden noch 197 644 Arbeitslose gezählt, von denen 92 983 Unterstützung aus öffentlichen Mitteln oder durch die Unternehmer erhielten. — In Ungarn betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. November 1923 insgesamt 13 287 oder 6 1/2 Proz., davon waren 18 422 weibliche. Am 1. Oktober waren die entsprechenden Zahlen 15 422, 6 1/2 Proz., und 12 811, am 1. Januar 1923 27 275, 13 1/2 Proz. und 25 853.

Sollen sich aus dieser Aufstellung infolge der verschiedenen Erhebungsstermine auch keine genaue Vergleichs geben, so geht doch aus ihr hervor, daß in den meisten Ländern die schlimmste Zeit der Arbeitslosigkeit vorüber ist.

Internationales Arbeitsamt.

Seute beginnt in Genf die 21. Sitzung des Verwaltungsausschusses des Internationalen Arbeitsamtes. In dem Bericht des Direktors wird mitgeteilt, daß seit der letzten Sitzung im Oktober 1923 eine

Reihe weiterer Ratifikationen internationaler Übereinkommen durch das Generalsekretariat des Völkerbundes vorgenommen wurden. Die japanische Regierung hat die formelle Ratifikation des Übereinkommens betreffend das Zulassungsgesetz für Kinder zur landwirtschaftlichen Arbeit mitgeteilt. Die estnische Regierung hat das Übereinkommen über die wöchentliche Ruhezeit der industriellen Unternehmungen ratifiziert. Die schwedische Regierung hat die formelle Ratifikation folgender Übereinkommen vorgenommen: Zulassungsgesetz der Kinder zur landwirtschaftlichen Arbeit, des Versammlungs- und Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter, die Entschädigung von Unfällen in der Landwirtschaft und die Verwendung von Bleiweiß im Rotergewerbe. Außerdem haben eine Reihe von Staaten dem Internationalen Arbeitsamt mitgeteilt, daß verschiedene Übereinkommensentwürfe und Empfehlungen zurzeit den Parlamenten zur Beschlußfassung vorliegen.

Die 20. Verwaltungsratsitzung hatte u. a. beschlossen, auf die Tagesordnung der internationalen Arbeitskonferenz von 1925 die Frage der Sozialversicherung zu setzen. Zu diesem Zwecke liegt dem Verwaltungsrat eine vergleichende Studie der verschiedenen Sozialversicherungsgeetze vor. Eine Darstellung dieser Studie erscheint demnächst in der deutschen Ausgabe der „Internationalen Rundschau der Arbeit“.

Die Hotelangestellten stimmen für Amsterdam.

Die am 23. Januar abgehaltene Generalversammlung des Berliner Zweigvereins des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten nahm die Neuwahl der Vorsitzenden und Kassierer vor. Für die Amsterdamer Richtung kandidierte die bisherige Leitung, die Genossen Saar, Hennings, Barnat und Grubert. Die Kommunisten hatten eine Gegenliste aufgestellt mit folgenden Namen: Schür, Schwarz, Weiß, Spinner. Die beiden Erstgenannten dieser Liste sind Angehörige der Kommunistischen Partei, wovon der eine unter großen Unkosten als „neuer Stern“ für die Hotelangestellten von Dortmund nach Berlin geholt wurde.

Für die alte Leitung erklärte Saar in der Generalversammlung, daß nach dem gemeinen und niedrigen Kampf soziale Zusammenarbeit mit der kommunistischen Richtung unmöglich geworden sei und kategorisch abgelehnt werden müsse. Mit welcher niedrigen Mittel die KPD. für die sogenannte Einheit der Gewerkschaften gekämpft habe, bewiesen die in der „Roten Fahne“ gegen die alte Leitung des Verbandes gebrachten Schimpfereien, wie „chriofler Geselle, Bonabund, Dampferer usw.“. Saar betonte weiter, daß die organisatorischen Maßnahmen der KPD., die Bindung von ausgesprochenen Organisationen zur Sprengung der Gewerkschaften: „Rotes Korsett“, Bezirksorganisation und Reichszentrale dazu führen müssen, eine klare Scheidung herbeizuführen.

Die von Schwarz für die kommunistische Liste abgegebene Erklärung war ziemlich kräftig. Das Material gegen das Mitteleuropäische Bureau stamme von dem General Sekret (1), woraus die guten Beziehungen zu den Reichsbetriebsrätern hervorgingen. Mit solchen demokratischen Kräfte, mit Behauptungen von einer Minderheit zwischen KPD. und SPD. und Redensarten über das Ermächtigungsgesetz glaubten die KPD.-Leute ihren Gegnern beigegeben.

Bei der Wahl wurde die bisherige Verbandsleitung wiedergewählt.

Generalversammlung der Sattler.

Im Gewerkschaftsausschuss tagte am Donnerstag abend die außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsjahre Berlin des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuller. Nach geschäftlichen Mitteilungen des Bevollmächtigten Müller hielt Gadow vom Buchdruckerverband, Redakteur des „Graphischen Blattes“ (Organ der kommunistischen Buchdrucker), ein Referat über die „Weimarer Konferenz“. Anlässlich des Todes Beninis sei von der sozialdemokratischen Presse darauf hingewiesen worden, daß auch die russischen Kommunisten nicht das erreicht haben, was sie erlangen wollten. Der Redner stellte darauf die nicht sehr geistreiche Gegenfrage: Was haben denn die Chert, Scheidemann und Koste erreicht? In Deutschland sei das Proletariat durch die Schuld des KPD. immer weiter in den Sumpf gekommen. Die Gewerkschaften hätten es abgelehnt, die Macht der Arbeiterschaft in die Werkzeuge zu werfen (d. h. alle 24 Stunden einen Generalstreik zu proklamieren. Red.). Auf der Weimarer Konferenz habe man deshalb die Einberufung eines allgemeinen deutschen Gewerkschaftstages gefordert, um die Rettung der Gewerkschaften durchzuführen und den Kampf zu organisieren. Weiter sei auf der Konferenz beschlossen worden, den Friedensrat durch zu erringen und sich für die Erhaltung des Achtstundentages einzusetzen. Die Schlussforderung sei die Zusammenfassung der Arbeiterschaft zur Erringung der politischen Macht. Ähnlichfalls, auch unter den funktionslosen müsse eine „Reinigung“ vorgenommen werden. Die Konferenz habe festgestellt, „um eine neue Welle des gewerkschaftlichen Kampfes innerhalb des KPD. einzuleiten“. Die „Sozialverräter“ müßten verschwinden, weil die Gewerkschaften nur durch die Revolution gerettet werden könnten.

Der Korreferent, Genosse Körring, betonte, daß er sich mit vielen von der Weimarer Konferenz aufgestellten Forderungen einverstanden erklären könne, weil dies alle gewerkschaftliche Forderungen seien. Wenn man aber die Ursachen unseres gegenwärtigen Elends ergründen wolle, dann dürfe man nicht außer acht lassen, daß der Weltkrieg nicht von der Arbeiterschaft, sondern von den kapitalistischen Regierungen beendet worden sei. Darum müsse die Arbeiterschaft heute die Kräfte freisetzen. Obwohl der Redner sich gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik wandte, erklärte er, daß die Weimarer Konferenz von grundsätzlichen falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Eine Revolution könne man nicht „machen“, sondern sie entsche, wenn die ökonomischen Vorbedingungen dazu geschaffen sind. Der streitige Zustand der Arbeiterschaft, wie er auf der Konferenz gefordert wurde, sei eine Unmöglichkeit. Die Gewerkschaften müßten unter Wahrung ihres alten Klassenkampfstandpunktes die Arbeiterschaft aus Not und Elend zu befreien suchen.

Blume berichtete dann von der letzten gewerkschaftlichen Bezirkskonferenz für Berlin-Brandenburg.

Nach längerer Diskussion wurde die Generalversammlung wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Keine Nachtarbeit in den Bäckereien Bayerns.

Die berichteten Feinerheit über den Erfolg einer Anordnung Kofrs, nach der entgegen der allgemeinen für das Reich gültigen Bäckereiarbeitsverordnung, wonach die Nachtarbeit in den Bäckereien gesetzlich verboten ist, allen Bäckereien mit 10 und mehr Beschäftigten auch in den Nachtstunden die Arbeit gestattet wurde. Den Gewerkschaften der Bäckereiarbeiter und den Angehörigen des Nachtarbeiters in Arbeitserkreisen ist es nun gelungen, die Zurücknahme der Anordnung zu erreichen. In einer Audienz des Generalstaatskommissars an die Kontowerkstätte im Oberbayer vom 23. Januar wird mit Wirkung vom 4. Februar die Zulassung der Nachtarbeit in den Großbäckereien aufgehoben.

80 000 Mühlenarbeiter streiken in Bombay. Von 85 Mühlen in Bombay sind 82 geschlossen. 80 000 Arbeiter feiern. Wie aus Bombay gemeldet wird, erwartet man, daß morgen alle Mühlen die Arbeit einstellen werden. Der Streik ist auf die Nichtzahlung einer Gratifikation zurückzuführen, die die Arbeiter während der letzten vier Jahre erhielten.

Aus der Partei.

Ein Achtzigjähriger.

Andreas Scheu, einer der ersten Vorkämpfer der Sozialdemokratie in Deutschland, ist nun achtzig Jahre alt geworden. Mit feuriger Bereitschaft, mit seinem ganzen dichterischen Schwung, predigte der junge Wiener Bergarbeiter schon um das Jahr 1870 im Alpenland wie in den deutschen Industriegebieten der Sudetenländer die Lehren Lassalles und Wilhelm Liebknechts, bei dessen Wiener Rede im Jahre 1889 er den Vorzug gefaßt hatte. Verhaftung und selbst Kerkertage konnten diesen Kämpfer nicht beugen — aber dem Bruderzwist ist er schließlich ergeben. Er wie Oberwinder, der Führer der anderen Richtung. Beide gingen ins Ausland, damit die Einigung nicht an ihren Personen scheiterte. Oberwinder wurde später Redakteur des konfessionellen „Freiemer Anzeigers“, Scheu aber blieb auch in England, wohin er in den 70er Jahren ging, ein Vorkämpfer des Sozialismus. Die Einigung in Österreich gelang allerdings erst nach einer langen Zeit der Verfolgungen und anarchistischer Verwirrung Viktor Adler auf dem hainfelder Parteitag an der Jahresende 1888/89 und seither ist die Partei ständig emporgewachsen zur heutigen vorbildlichen Stärke und Rührigkeit auf allen Gebieten des Arbeiterlebens. Andreas Scheu aber, dem mit viele schöne Kampftage und auch des berühmte Spitzgedicht „Der Staat ist in Gefahr“, verdankt, lebte bis 1911 in England, ging dann nach Weimar und verließ 1915 die Welt des Krieges, um in die Schweiz überzusiedeln. Nach heute nimmt er lebhaften Anteil an der Partei, und soeben hat er im Wiener Parteitag seine Erfahrungen unter dem Titel „Umsturzzeiten“ erscheinen lassen. Mögen ihm noch viele Jahre ungedrohter Anteilnahme an der Sache seines Lebens gegönnt sein!

Beim Jugendamt Charlottenburg besteht zurzeit ein Mangel an Personen, die zur Übernahme einer Vizegastwirtschaft, Vormundschaft und ähnlicher Ehrenämter fähig und bereit sind. Damen und Herren der Charlottenburger Bürgerchaft werden gebeten, ihre Bereitwilligkeit zur Übernahme solcher Ehrenämter dem Jugendamt Charlottenburg, Rathaus, Zimmer 142, mitzuteilen.

Beantwortlich für Vollst.: Graf Wenter; Wirtschaftl. J. E. Graf Wenter; Gewerkschaftsbewegung: H. Gleser; Druckerei: A. S. Böcker; Dolmetsch und Schriftsetzer: Fritz Kerschke; Anzeigen: E. H. Böcker; Schriftlich in Berlin: Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlagdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Für die **Weißer Woche** besonders günstige Angebote

| | | |
|---------------------|---------------------------|------|
| Ränthler-Garnituren | gewebt, Steilig | 4.65 |
| Ränthler-Garnituren | Ornament. in. Orn. | 6.25 |
| Halbhoes | gewebt oder Glanz | 3.25 |
| Bettdecken | Wellig, gewebt oder Glanz | 5.95 |
| Bettdecken | Wellig, gewebt oder Glanz | 9.00 |
| Schibengardinen | mit Band eingepflegt | 0.50 |
| Schibengardinen | abgepflegt | 0.50 |

Etamin + Spannstoff + Mull in reicher Auswahl

| | | |
|-------------------|--|-------|
| Mull-Garnituren | mit Band | 22.50 |
| Etamin-Garnituren | Ganz-Flügel | 24.50 |
| Etamin-Halbhoes | Ganz-Flügel, glatt, gefaltet od. latt. | 22.00 |
| Etamin-Bettdecken | Ganz-Flügel, zweif. bettig mit Doppel-lattin | 32.00 |

Gardinen- u. Teppichhaus Lange
Wilmsdorf, Umlandstraße 105
an der Berliner Str. / Tel.: Pfalzberg 9746

Diwanddecken

| | |
|-------------------------------|--------|
| Diwanddecken, Phantasiegewebe | 10.50 |
| Diwanddecken, Phantasiegewebe | 15.00 |
| Diwanddecken, Phantasiegewebe | 19.00 |
| Diwanddecken, Gobellingewebe | 25.00 |
| Diwanddecken, Gobellingewebe | 37.00 |
| Diwanddecken, Gobellingewebe | 42.00 |
| Diwanddecken, Moquette | 105.00 |
| Tischdecken, wick. bedruckt | 6.00 |
| Tischdecken, Kschellin | 8.00 |
| Tischdecken, Gobellingew. | 18.00 |

Unterstoffe, größte Auswahl

| | |
|--------------------------|------------------------|
| Jute | 65 cm 2.50 50 cm 2.00 |
| Batavia Boule | 65 cm 3.50 50 cm 3.25 |
| Boule 1 | 65 cm 7.25 |
| Tapestry | 65 cm 8.50 90 cm 13.50 |
| Velours | 65 cm 8.50 90 cm 14.50 |
| Smayrart, bockhart. Ware | 65 cm 10.00 |

Mohair-Diwanddecken
Hls. grün, blau, rot 64.00

Ein Posten Moquette-Diwan-Decken 129.- 58.- 61.- 64.-

Coligo Preise halten wir trotz Fabrikpreis-Erhöhung bis zu 25 %.

Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungshaus
Neukölln, zur Hermannstraße 32

Stopp- und Daunendecken

Stoppdecken, einige hundert Stück, nur erste Fabrikate, in guten Qualitäten, Hls. gold, grün, bords iralis, blau, auch aparte Farben mit hochmodernem buntem Mittelstück oder Randverzierung.

| | |
|---|-----------|
| 17.- 20.- 28.- 30.- | |
| Stoppdecken in, in mit dazw. leichter Wollfüllung | 38.- 48.- |
| Daunen-Decken | 100.- |
| in Sattin u. Fällung, erstkl. Verarbeitung | |

Kleidergarnituren, altentbein

| | |
|-------------------------------------|--|
| Ständig 5.- 7.- 10.- 12.- bis 50.- | |
| Halbstores 4.50 6.- 9.- 12.- | |
| bis zum elegantesten | |
| Etamine 150 cm . . . per Meter 1.75 | |

Madras-Garnituren

| |
|-----------------------------------|
| 65.00 cm . . . 11.- 12.- |
| 75.00 cm . . . 16.- 60.00 cm 17.- |
| 100.00 cm . . . 13.- 18.- 22.- |

Billige Teppiche

| |
|---|
| Tapestry 165x235 cm . . . 36.- |
| Axminster 200x300 cm . . . 76.- |
| Boule 1 mit. 200x300 cm . . . 36.- |
| Tapestry 200x300 cm . . . 43.- |
| Velours u. Boule 200x300 cm . . . 80.- |
| Tourney 200x300 cm . . . 147.- |
| Axminster 200x300 cm . . . 118.- |
| Velours u. Boule 200x300 cm . . . 120.- |
| Tourney 200x300 cm . . . 250.- |
| Moos. Smyrna 200 x 300 cm . . . 332.- |
| Axminster 300x400 cm . . . 204.- |

Tourney-Brücken und Vorleger

| | |
|--------------------------------|---------------------|
| 70 185 cm 200 125 cm 120x70 cm | 21.- 29.- 70.- 52.- |
|--------------------------------|---------------------|

Bettvorleger

| | |
|--------------------|-----------------------|
| Axminster 8.25 | 60 50 cm . . . 7.50 |
| Velvet . . . 8.75 | 60 120 cm . . . 11.- |
| Boule 1 . . . 6.50 | 70 110 cm . . . 12.- |
| Tourney . . . 21.- | 60 140 cm . . . 16.50 |

Felle

| |
|-----------------------|
| 60 50 cm . . . 7.50 |
| 60 120 cm . . . 11.- |
| 70 110 cm . . . 12.- |
| 60 140 cm . . . 16.50 |

Inventur-Ausverkauf für fertige Haararbeiten

Transformationen, Unterlegen, Teile, Locken, Zöpfe usw. Nicht nur für nur kurze Zeit günstige Gelegenheiten. Noch nicht ganz verwertet. Nicht er Enkau! an Haarersatz. — Besichtig. ohne Kaufzwang. — Kosten. Separates Preisermäßigung.

Wiegold Haar-Haus
Berlin W., Kottbuscherstr. 14 / part. u. l. Etage

Marken-Zigaretten

Saba, Hainpan, Juno, Salem, York, S. C., Wensil, Blaukopf.

Alle führenden Marken am Lager. Große Auswahl in Zigarren, Tabak.

Melsonberg Nachf. Krelapp
Grüner Weg 85 am Andraplatz

Zum zwölften Male im Verlage der Verbands-Druckerei erschienen:

Sozialdemokratischer Abreißkalender

In Anbetracht der aufgeführten Verhältnisse auf jedem Abreißkalender machen wir zur Freude für jedes Heim — keine historischen Daten und Witzensprüche aus allen Gebieten lassen ihn an einer Runde der besten Verbandskalender werden.

Preis pro Exemplar 1,50 Mark

zu haben bei allen Zeitungsverlegern, in den Buchhandlungen der Kommunalverwaltungen und in den Vorwärts-Druckerei u. Lindenstr. 3

Reste-Haus C. Pelz
Kellerei Str. 5

Schokoladen!
Kaugummi, Gummis, Stollwerck und andere Sorten. Billig

Eisen u. Diamant
Kaiserstraße 4.

Preiswertes Angebot!

Engl. Leder-Manchester-Arbeits-Gestreifte

Hosen

Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzüge auch einzelne Knaben-Hosen

München-Glad. Hosen-Zentrale
NW. 57, Beusselstr. 39, Blauer Laden, am Ringbahnhof, Steuersir Fahrgeldvergütung

8 Sondertage (bis 2. Februar)

Strickwesten

Nur Qualitätsware. Über 100 Muster und Farben.

— K'seldene Juniper — — Stutzen —

Anzahlung gestattet!

Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage
Thüring. Wollwaren
Berlin-Pankow, Mühlenstr. 1, Ecke Kottb. Str.

wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtanlage des „Vorwärts“ und **billig.**